

## Gewerkschaftler leisten Widerstand

### FDGB bereitet der Staatspartei die größten Sorgen

5,5 Millionen eingeschriebene Mitglieder verzeichnet gegenwärtig der sowjetzonale Gewerkschaftsbund. Rund vier Millionen davon nehmen an keiner politischen Organisationsarbeit teil. 20 000 FDGB-Funktionäre werden hauptsächlich bezahlt. Etwa 18 000 davon sind gleichzeitig Mitglieder und Funktionäre der SED. Trotzdem bleibt der FDGB das Sorgenkind der Staatspartei. Auf einer Präsidiumstagung des Bundesvorstandes am 15./16. Februar hat die FDGB-Leitung dies deutlich zum Ausdruck gebracht: „Staatsfeindliche Gruppen“ sehen ihre Chance darin, sich „unter dem Deckmantel der Gewerkschaften zu organisieren“.

Ist diese Furcht der SED begründet? Die Beantwortung zeigt das Problem sowjetzonaler Gewerkschaftsarbeit in einem interessanten Licht.

Die eingangs erwähnten Zahlen sprechen für die organisatorische Macht der kommunistischen Gewerkschaftsführung. Jeder, der heute in einem Staatsbetrieb oder einer öffentlichen Verwaltung arbeitet, ist zwangsläufig Mitglied des FDGB. Seine Mitgliedschaft ist darum nicht als politisches Glaubensbekenntnis zu deuten. Die hauptamtlichen FDGB-Funktionäre sind in erster Linie Vertreter der SED. Als solche leiten und instruieren sie die größte sowjetzonale „Massenorganisation“.

Jeder Betrieb hat seine Betriebsgewerkschaftsleitung, die BGL, Partei und Betriebsleitung sorgen dafür, daß diese BGL sich aus absolut zuverlässigen kommunistischen Funktionären rekrutiert. Nach den Satzungen aber wird die BGL von der Gewerkschaftsversammlung gewählt. Was nun, wenn die Masse der nichtkommunistischen Gewerkschaftsmitglieder gegen den Willen der SED-Betriebsparteiorganisation eine echte BGL wählt, die etwa für die Interessen der Arbeiter einzutreten verspricht...?

Es gibt hunderte Beispiele dafür. Bis zum 17. Juni 1953 rechnete die SED mit etwa

60 Prozent solcher „feindlichen Leitungen“. Bis Mitte 1954 wurden 1300 hauptamtliche FDGB-Funktionäre verhaftet. 1955, nach dem IV. FDGB-Kongreß, kalkulierte die SED noch 20 Prozent solcher echten Gewerkschaftsleitungen ein. Heute mögen es keine 15 Prozent mehr sein. Aber ihre Existenz beweist, daß Widerstand möglich ist!

In der Partei bekämpft die SED das „Nur-Gewerkschaftertum“. Gemeint sind jene Gewerkschaftler, die auch als Parteimitglieder die Interessen der Arbeiter gegen den Arbeitgeber Staat zu vertreten wissen. So sind zahlreiche Altkommunisten, die heute in Opposition zur SED stehen, im FDGB untergetaucht. Als BGL-Sekretäre und FDGB-Instrukteure verfechten sie die alten gewerkschaftlichen Thesen, die man in der Partei nicht mehr hören will. Von der SED werden sie planmäßig verfolgt und ausgebootet. Aber es gibt sie überall. So sind im FDGB regelrechte Widerstandsgruppen entstanden, weil die Betriebsgewerkschaftsorganisationen im kommunistischen Staat die einzige Möglichkeit bilden, sich zu organisiertem Widerstand zusammenzuschließen. Die bis heute noch nicht außer Kraft gesetzten FDGB-Statuten bieten den Arbeitern eine hervorragende Möglichkeit,

gegen alle unsozialen Maßnahmen des Staates aufzutreten. Die Anfechtung von Betriebskollektivverträgen, die Kritik an Maßnahmen des Staatsapparates und die Besetzung von unteren FDGB-Funktionen — also in den Betrieben selbst — können unter Berufung auf diese Statuten erfolgen, wenn man ihren Inhalt kennt.

### FDJ vor — VAB weg!

Die jüngste FDGB-Präsidiumstagung hat drei Maßnahmen beschlossen, die in der Mitgliedschaft nur am Rande oder gar nicht diskutiert werden sollen. Dies sind:

1. Die Forcierung eines früheren Beschlusses über die Heranziehung von FDJ-Funktionären zur Gewerkschaftsarbeit. Der FDGB ist überaltert, und gerade die alten Kommunisten und Gewerkschaftler leisten beharrlichen Widerstand gegen die Zerschlagung der eigentlichen Gewerkschaften. Vorurteilslose FDJler sollen die Beschlüsse der Partei als „Gewerkschaftler neuen Typus“ realisieren.

2. Der FDGB-Bundesvorstand hat die auf dem März-Parteitag der SED zu beschließende 20-prozentige Produktionskostensenkung (Normenerhöhung) ohne Befragen der Mitgliedschaft von vornherein gebilligt und sanktioniert.

3. Der Bundesvorstand hat einen FDGB-Ausschuß gebildet, der in kürzester Frist die endgültige Übernahme der Sozialversicherung (VAB) unter die Leitung des FDGB vollziehen wird.

Was dieser letzte Punkt bedeutet, braucht nicht erklärt zu werden. Die BGL wird künftig über die „Notwendigkeit“ und Dauer einer Krankheit sowie über jede Arbeitsausfallsentschädigung entscheiden.

## Politik im winterlichen Nebel

DT. Es sind heute gute Zeiten für die Propheten in der Politik, für die politischen Spekulanten, Rechthaber und Beschwisser, die allesamt das Gras wachsen hören und mit dem Anspruch auf Unfehlbarkeit bisweilen sehr fehlerhafte Diagnosen und Prognosen geben. Wir bewegen uns nämlich in einem dicken winterlichen Nebel, der sich auch auf die Politik gelegt hat und uns den Kern der Dinge verhüllt. Wege, die wir erproben möchten, sind bereits auf kurze Sicht dem Auge entzogen, und ihr weiterer Verlauf bleibt mehr der Ahnung oder der Berechnung „auf gut Glück“ überlassen. Das ist das typische Bild einer Zwischenphase, in der inmitten widersprechender Deutungen die einen nach neuer Orientierung suchen, andere müde resignieren und schließlich die verantwortlichen Staatsmänner uns Geduld predigen. Geduld? Das ist eine Tugend, die nach jahrelanger Übung wenig Reize bietet. Wenn wir aus dem Nebel heraus und wieder klarer sehen wollen, dann dürfen wir uns nicht auf das Abwarten verlassen, sondern müssen diejenigen zum Handeln drängen, die dazu berufen sind. Nur durch mutiges Handeln kann das Ungewissene geklärt und das noch Formlose schließlich gestaltet werden.

### Der neue Weg der KPdSU

Bevorzugter Gegenstand der Spekulation im Ungewissen ist heute der soeben beendete XX. Parteitag der KPdSU in Moskau. Die Meinungen über das, was dieser Parteitag für die sowjetische Innen- und Außenpolitik bedeutet, sind zahlreich und widerspruchsvoll. Was die schroffe Abkehr vom Stalinismus bezweckt, das ist die Frage, die auf unserer Seite des Eisernen Vorhanges ebenso lebhaft erörtert wie drüben verschwiegen wird. Eine wirklich genaue Antwort auf diese Frage ist heute schwer zu geben. Sie kann nur von der sowjetischen Politik selbst kommen. Es ist denkbar, daß — vor

allem auch in der inneren Gestaltung des Sowjetstaates — eine erste Wandlung begonnen hat, die dann allerdings zu ihrem Ablauf noch viel Zeit benötigen würde. Das „Neue Deutschland“ hat uns in seiner Verlegenheit freundlicherweise darüber belehrt, daß der Marxismus-Leninismus kein Dogma sei; deshalb müsse er die Dinge „immer wieder aufs neue bei den Hörnern packen“, er müsse dem „Fluß der Bewegung gerecht“ werden und der Entwicklung des Neuen dicht „auf den Fersen bleiben“. Nun, das ist eine Weisheit, die schließlich für jede Politik gilt, gerade wenn sie nicht, wie der Marxismus-Leninismus, den Anspruch auf „wissenschaftliche“ Richtigkeit erhebt. Gerade diese Weisheit aber wurde früher in Moskau und Pankow nicht anerkannt — wenigstens nicht für das Wirken des weisen Stalins, des Lehrers aller Völker. Vor allem; in anderen Ländern werden diejenigen, die der Entwicklung des Neuen besonders dicht auf den Fersen sind und heute bereits sagen, was morgen amtlich ist, nicht heute erschossen und morgen rehabilitiert. Das ist der Unterschied.

Was jedoch das „Neue Deutschland“ als undoktrinäre Beweglichkeit, als Anpassung an veränderte Realitäten preist, das ist im Grunde etwas ganz anderes, nämlich das Handeln nach einer rein taktisch bestimmten Zweckmäßigkeit. Als zum Beispiel Moskau 1946 in der Zone die Sozialdemokraten für die Vereinigung mit den Kommunisten gewinnen wollte, da wurde, um diesen Anschlag zu erleichtern, feierlich verkündet, daß jedes Volk seinen eigenen Weg zum Sozialismus habe. Als dann die Vereinigung vollzogen war, wurde diese schöne These wieder verworfen. Der „sowjetische Weg“ wurde als der allein gültige befohlen, und jene wurden veremt, die den „besonderen Weg“ vertreten hatten — Tito allen voran. Heute dagegen hören wir wieder aus Moskau, daß jedes Volk das Recht habe, auf verschiedenen Wegen zum Sozialismus zu gelangen. Das ist, heute wie damals, die taktische Anpassung an eine bestimmte Situation, in der es Moskau darauf ankommt,

Menschen und Völker für die kommunistische Politik zu gewinnen, die sich durch den sowjetischen Weg zum Sozialismus abgeschreckt fühlen.

### Der Verführer putzt sich

Dieses Hin und Her zwischen gegensätzlichen Thesen, die heute feierlich verkündet und morgen mit Strafgericht verworfen werden, um vielleicht übermorgen wieder Geltung zu erlangen — das ist es, was die freie Welt wundert und zugleich skeptisch macht. An diesen Erfahrungen gemessen, ist es — ohne freundlichere Auslegungen ausschließen zu wollen — wohl nicht abwegig zu sagen, daß der Stalinismus verurteilt wurde, weil er heute dem Kreml innen- und außenpolitisch keine Erfolge mehr verspricht. Schließlich hat er die freie Welt zur Verteidigung mobilisiert und organisiert und dadurch die weitere Ausbreitung der kommunistischen Macht, das gleichbleibende Ziel des Kremles, erschwert. Auf dem Wege zu diesem Ziele steht heute, wenn er über kriegereisige Lösungen führen sollte, in furchtbarer Drohung Atombombe gegen Atombombe. Das ist ein überzeugender Grund, ihn nicht zu gehen.

Was dann bleibt, das ist zunächst der auf dem Moskauer Parteitag gepriesene Wettbewerb in der friedlichen Koexistenz. Mit ihm möchte Moskau — das ist ein pikanter nationalistischer Zug in der Haltung dieser großen, aber noch immer von Minderwertigkeitskomplexen geplagten internationalen Macht — auf allen Gebieten materieller und geistiger Produktion, einschließlich der Literatur und der schönen Künste, an die erste Stelle der Welt rücken; man glaubt, auf diese Weise die Welt beeindrucken und gewinnen zu können. Was ferner bleibt, das ist eine den veränderten Umständen angepaßte Politik: Lockung, verbunden mit Druck und oberirdischen sowie unterirdischen Einwirkungen; der parlamentarische Weg zur Machtgewinnung. Es ist, kurz gesagt, die Methode, um den bereits ausgewählten Opfern der politi-

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Der westdeutsche Arbeitsmarkt

### Rückgang der Arbeitslosenzahl — Sorgen um Nachwuchs

Nürnberg (AP). Die Arbeitslosenquote ist in den letzten fünf Jahren nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 10,3 Prozent im Jahre 1950 auf 5,1 Prozent 1955 gesunken. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten während der gleichen Zeit von 13 827 000 auf 17 175 000. Die Zahl der unbesetzten Stellen erhöhte sich von 116 000 auf 200 000.

Ein großes Problem ist der Mangel an geeigneten Nachwuchskräften, der sich in den kommenden Jahren noch vergrößern wird. Vor wenigen Jahren noch bestand ein Mangel an Lehrstellen. Handwerk und Industrie suchen zur Zeit 42 876 männliche Lehrlinge. Demgegenüber sind nur 33 105 männliche Schulentlassene noch ohne Arbeit. Bei den Mädchen sind 11 295 Lehrstellen noch unbesetzt. Hingegen sind 21 259 weibliche Schulentlassene noch nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert.

Die noch nicht untergebrachten Schulentlassenen sind nach Mitteilung der Bundesanstalt meist für die gewünschte Berufsausbildung wenig geeignet

## Schwere Bevölkerungsverluste in der Zone

### Geburtenüberschuß geringer als in der Bundesrepublik

Berlin (Eigenmeldung). Die Gesamtzahl der Einwohner der Sowjetzone und Ostberlins ist, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Westberlin bekanntgab, von 19,068 Mill. Ende 1948 auf 17,900 Mill. am 31. Dezember 1955 gesunken.

Die Bevölkerungsentwicklung in Mitteldeutschland wurde vor allem durch die Flüchtlingsabwanderung von 1,828 Mill. in der Zeit von 1949 bis 1955 beeinflusst, der nur eine geringe Rückwanderung gegenübersteht.

Die Bevölkerungsverluste betragen in dem Zeitraum von 1949 bis 1955 mehr als das Dreifache des natürlichen Bevölkerungszuwachses. Der Geburtenüberschuß, über den die Zonen-Presse nach mehrjähriger Pause im Januar 1956 erstmals wieder berichtete, liegt unter dem der Bundesrepublik. Es

ist damit zu rechnen, daß die Flüchtlingszahlen in absehbarer Zeit den geringen Zuwachs aus den Geburtenüberschüssen überschreiten werden, so daß die Bevölkerungszahlen der Sowjetzone weiter absinken dürften.

## Suhr empfängt Sieveking

Berlin (Eigenmeldung). Der Regierende Bürgermeister Suhr, der vor kurzem seine Amtsgeschäfte wieder aufnahm, hat den Hamburger Bürgermeister Dr. Sieveking in Berlin zu einer längeren Aussprache empfangen. Es wurden u. a. auch Probleme der deutschen Innen- und Außenpolitik erörtert. Sieveking versicherte, er werde erneut nach Mitteln und Wegen suchen, um die bereits bestehenden Beziehungen zwischen Hamburg und Berlin auszuweiten.

## Dulles gegen „tatenloses Abwarten“

### Möglicherweise bleibende Änderung der Sowjetpolitik

Washington (AP/DPA). Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte auf einer Pressekonferenz, die erste Runde des kalten Krieges mit der Sowjetunion scheinbar beendet zu sein. Es könne jedoch eine zweite Runde beginnen, bei der die Sowjetführer gleichfalls, aber nicht so offen, „auf Raub“ ausgingen. Aus diesem Grunde würde sich ein tatenloses Abwarten verheerend auswirken.

Dulles wies in diesem Zusammenhang die von demokratischen Politikern an seinen jüngsten Ausführungen geübte Kritik zurück, er sei bei der Beurteilung der neuen Sowjetpolitik zu optimistisch. Er wiederholte aber seine Ansicht, daß die Wandlungen in der sowjetischen Politik möglicherweise eine bleibende Änderung in der Richtung der sowjetischen Politik andeuten. In dieser zweiten

Runde habe sich die amerikanische Politik den veränderten Bedingungen anzupassen. Insbesondere denke er dabei an eine Politik der wirtschaftlichen Hilfe.

## Teure Sowjethilfe

Neu Delhi (AP). Die sowjetischen Techniker, die Indien gegenwärtig bei der Erschließung seiner Bodenschätze behilflich sind, stehen dem Land nicht kostenlos zur Verfügung. Wie auf Anfrage vor dem indischen Parlament mitgeteilt wurde, erhalten die zur Zeit in Indien tätigen 13 sowjetischen Erdölfachleute pro Kopf ein einkommensteuerfreies Tagesgeld in Höhe von 95 Rupien (84 DM) zuzüglich freier Unterkunft und Verpflegung sowie Reisekostenvergütung und kostenlose medizinische Behandlung.

## Sowjetgewerkschaften — verurteilt

DT. In den offiziellen Reden des Moskauer Parteikongresses wurden viele Kritiken des Westens an dem kommunistischen System der Unfreiheit mit verbüllender Offenheit sowjetoffiziell als Tatsache bestätigt, nachdem sie bisher stets als „Hetze“ der monopolkapitalistischen Presse bezeichnet worden waren. Das trifft auch für die westliche Kritik an den sowjetischen Gewerkschaften zu, die über ihre Mitglieder die Zucht- rute des Antreibers schwingen mußten.

Sehr viel ändern wird sich daran im Grundsätzlichen sicher nicht; denn in der Rede Schwer- niks, dem die Aufgabe zufiel, den Gewerkschaftsgedanken vom Stalinismus zu reinigen und wieder auf eine leninistische Linie zu bringen, wird den Gewerk- schaften als „erste und wichtig- ste Aufgabe“ vorgeschrieben, „die breiten Massen zu einer kommunistischen Einstellung

zur Arbeit zu erziehen und ihre schöpferische Initiative auf die höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität zu richten“.

Es sind bekannte Melodien. Die 1,3 Mill. Gewerkschaftsfunk- tionäre sollen „auf die Massen einwirken, damit sich das Ni- veau des sozialistischen Wettbe- werbs hebt. Ja sogar die grö- ßere Freizeit, wenn die verspro- chene Arbeitszeitkürzung viel- leicht einmal kommt, soll die Werktätigen dazu verpflichten, durch Ausbildung ihre betrieb- liche Qualifikation zu erhöhen.“

Interessanter ist die geübte Selbstkritik, denn sie zeigt, was mit diesen Gewerkschaften bis- her los war. Da heißt es, daß „in den Nachkriegsjahren die Industriegewerkschaften aufge- hört haben, sich richtig mit den Fragen der Arbeit und des Ar- beitslohnes zu befassen“. Man traut seinen Augen nicht, wenn man dieses vernichtende Urteil über Organe, die sich Gewerk-

schaften nennen, liest. Nicht zu verwundern, daß, wie Schwer- nik schildert, geradezu ein Lohnchaos entstanden ist, bei dem vielerlei Zuschläge und Prämien schließlich wichtiger wurden als die Lohntarife. Sogar die Akkordnormen sind „versackt“, wie often zugegeben wird; denn, so sagte Schwer- nik, man hat sie nicht „wissen- schaftlich“ ermittelt, sondern einfach dem erreichten Lohn- niveau angepaßt. Auch die „staatlichen Tarife“ für die An- gestellten wurden „vernachläs- sigt“. „Angestellte, die die glei- chen Funktionen ausüben, er- halten unterschiedliche Gehäl- ter, deren Höhe sich zufällig er- geben hat.“

Woher kommt das? „Die so- wjetischen Gewerkschaften ha- ben nicht die erforderliche Ini- tiative entwickelt“, bestätigte der Redner wörtlich.

Weiter: „Die Gewerkschaften haben die Schädlichkeit aller möglichen Anreizsysteme, die zu einem Durcheinander in der Lohnfrage führten, nicht aufge- deckt.“ Und die Ursache? „Die Gewerkschaften und Wirtschafts- organe lebten in Frieden und Eintracht miteinander trotz der Mängel, die es in der Frage des Arbeitslohnes gibt.“ Fügen wir hinzu, weil sie „Angst“ hatten, als Saboteure zu gelten, wenn sie die Interessen der Arbeiter wirklich vertreten wollten. Besser konnten die eigentlichen Ur- sachen für die westliche Kritik nicht bestätigt werden. Sogar Genosse Chruschtschow hat jetzt die „versöhnlerische Einstellung vieler Gewerkschaftsorgane gegenüber den Wirtschaftsfunk- tionären“ kritisiert. Im Westen nennt man das „gelbe Gewerk- schaften“, und man verachtet sie.

## Politik im winterlichen Nebel

(Fortsetzung von Seite 2)

schen Verführung besser zu ge- fallen, als es der Stalinismus vermochte: der Verführer putzt sich.

Diese Methode ist für uns wahrscheinlich noch gefähr- licher. Das schließt indessen nicht aus, daß sie dennoch zur äußeren Entspannung beizutragen und sogar bessere Ansätze zur Verständigung in manchen Fragen zu bieten vermag. Das setzt allerdings voraus, daß der Westen zwar mit höchster Wachsamkeit, aber doch be- weglich, einfallersreich, initiativ und verständigungswillig auf die taktische Veränderung der sowjetischen Politik reagiert.

### Wir kennen keine Sackgasse!

Die Testfrage, an der die so- wjetische Politik immer wieder erprobt werden muß, ist für uns mehr als alle anderen. Streiffragen der Weltpolitik das Deutschland-Problem. Wir kön- nen und wollen nicht hören, daß diese Lebensfrage Deutschlands

in eine „Sackgasse“ geraten sei. Wenn ein solches Bild zutref- fen sollte, dann müßte es das tägliche, aktive Bestreben un- serer Politik sein, aus der Sackgasse heraus einen Weg ins Freie zu schaffen. Sackgassen sind nämlich kein würdiger Aufenthalt für die deutsche Politik.

Auch die Auffassung des fran- zösischen Außenministers, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung heute unlösbar sei und die Lösung auf dem Wege über eine vorausgehende Abrüstung gesucht werden müsse, ist für uns nicht an- nehmbar. Diese Koppelung der deutschen Frage mit der Ab- rüstung weckt in uns die pein- liche Erinnerung daran, daß über das Problem der Ab- rüstung — mit Ausnahme der Jahre des zweiten Weltkrieges — auf Grund des Versailler Vertrages bereits seit 1920 ver- handelt wird. Wir schreiben aber heute 1956 und wollen die deutsche Wiedervereinigung nicht dem ungewissen Schicksal einer internationalen Ab- rüstungskonvention gleichschalten.

### Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvor- führungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Be- sucher aus dem Ostsektor Ber- lins und der Ostzone im Amerikahaus am Nol- len dor f platz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd- licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ost- zone jeden Sonntag um 14 Uhr.

So sind sie wirklich:

## „Eigentlich war ich immer Kommunist . . .“

Als 155 ehemalige SPD-Funktionäre, die nach 1946 zur SED übertraten, dieser Tage eine gemeinsame Resolution „An alle Sozialdemokraten in Ost und West“ unterschrieben, prangte zuoberst auf diesem seltsamen Dokument der Name Otto Grotewohl. Der Mann, der Zehntausende seiner einstigen Parteigenossen mit einem Federstrich den Kommunisten überantwortet hat, besann sich zum ersten Male seit zehn Jahren wieder auf das Parteibuch, mit dem er in die Politik gekommen ist.

Otto Grotewohl wird am 11. März 62 Jahre alt. Sohn eines Braunschweiger Schneidermeisters (er bevorzugt noch heute einen leicht norddeutschen Dialekt), erlernte er das Buchdruckerhandwerk und ging als 16jähriger zur SPD. Nach vierjähriger Militärzeit versuchte er beim Umsturz 1918 unter Liebknecht in der USPD zu avancieren. Als ihn alte Spartakisten an die Wand drückten, ging er enttäuscht zur alten Partei zurück, die ihm einen Posten als Angestellter der Braunschweiger Ortskrankenkasse verschaffte.

Auf Parteikosten studierte er einige Semester Politik und wurde schließlich 1920 doch noch Landtagsabgeordneter. Eine Regierungskrise verhilft ihm als 27jährigem zum Posten des Innen- und Volksbildungsministers des Landes Braunschweig. Als Justizminister wird er 1925, nach etlichen politischen Niederlagen, setzt ihn seine Partei als Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, eine einträgliche Pfründe, ein. 1933 auf die Straße gesetzt, verdient er sich als Vertreter für Spirituosen, landwirtschaftliche Geräte und Industrieöfen sein Brot.

### Grotewohls „Widerstand“

Im November 1933 wird Grotewohl für drei Monate verhaftet. Man hat ihn irrtümlich in Verdacht, seine Vertretertätigkeit für Kurierdienste der SOPADE,

### OTTO GROTEWOHL



der in die Illegalität gegangen sind, zu nutzen. Eine solche Tätigkeit lag Grotewohl ebenso fern wie eine Beteiligung am 20. Juli, deren man ihn verdächtigte. Heute gelten beide Episoden als die „Widerstandsperiode“ des DDR-Ministerpräsidenten . . .

1945 ist Grotewohl in dem von den Sowjets besetzten Berlin Vorsitzender des SPD-Zentralausschusses. Die Sowjets unterstützen den ehrgeizigen Mann, führen mit ihm erste Besprechungen über eine geplante Verschmelzung von KPD und SPD. Ohne Wissen des SPD-Parteivorstandes liefern damals viele Fäden zwischen dem Büro Grotewohl und Karlshorst. Vor dem „Vereinigungsparteitag“ im April 1946 wird die Linie festgelegt. Dann reichen sich Pieck und Grotewohl vor den Augen ihrer Mitgliederschaft demonstrativ die Hand: Grotewohl ist Mit-Vorsitzender der neuen SED.

Damals galt noch die „Parität der Leitungen“ in der SED, Grotewohl selbst hat sie widerrufen. Jede SED-Leitung mußte paritätisch mit einem aus der KPD und einem aus der SPD kommenden Mitglied besetzt werden. Als man mit diesem Prinzip brach, trat Ulbricht als Generalsekretär der Partei in

den Vordergrund. Grotewohl und der alternde Pieck wurden „Staatsmänner“.

### „Staatsmann“ Grotewohl

Von 1947—1949 wirkte Grotewohl als SED-Vertreter im „Volkskongreß“. Die „Provisorische Volkskammer“ wählte ihn zum Ministerpräsidenten der „Provisorischen Regierung“, die bald — ohne Wahlen — legalisiert werden sollte. Heute ist Grotewohl sechseinhalb Jahre Ministerpräsident, ohne daß sein Amt durch freie Wahlen legitimiert werden durfte. Eine Unzahl politischer Funktionen liegt auf ihm, der als Politbüro-Mitglied der Parteidisziplin seines Regierungs-Stellvertreters und Parteichefs Ulbricht unterliegt.

Grotewohl hat oft darunter gelitten, daß er nicht zur „Alten Garde“ gehört. Er blieb immer Außenseiter, auch wenn er zu betonen pflegt: „Damals bei der USPD — Mißverständnisse haben mich von Liebknecht und Thälmann getrennt. Eigentlich bin ich immer Kommunist gewesen . . .“ Seine Familie hat ihn verlassen, die Partei stellte ihm seine jetzige Frau, die wesentlich jüngere Madeleine Grotewohl, an die Seite. Im Ministerrat verkörpert er anfangs noch den Typ des „seriösen Kommunisten“. Seit 1953 haben es auch die bürgerlichen Mitläufer aufgegeben, mit ihm offen über die Staatsgeschäfte zu reden. So ist der einst maßlos ehrgeizige Mann immer einsamer geworden, obwohl seine politische Stellung sicherer ist als die eines Ulbricht oder Pieck. Grotewohl ist das halbwegs vertretbare Aushängeschild der Sowjets: Ein Kommunist, der wahrweise als Sozialdemokrat auftreten kann. Seine alten Genossen registrierten Zehntausende einst aktiver Arbeiterfunktionäre, die wegen eben dieser SPD-Zugehörigkeit von der SED verfolgt worden sind. Grotewohl hat alles sanktioniert. Die Sowjets aber brauchen diesen Mann, weil er ihnen die wenigsten ideologischen Schwierigkeiten macht . . .

# Mit Modeabend und Gymnastikkurs

## SED will „Frauenausschüsse restaurieren“

Seit einigen Wochen sehen sich plötzlich die sowjetzonalen Frauen wieder von der SED umworben. Wer vor vielen Jahren einmal Mitglied des DFD gewesen ist und diese Mitgliedschaft längst vergessen hat, wird nun von einem ganzen Schwarm weiblicher Funktionäre heimgesucht, die ihm Einladungskarten zu Modeabenden und kostenlosen Gymnastikkursen offerieren. Rund 40 Parteilokale wurden vom DFD allein in Ostberlin gemietet, um ab 1. März die „Frauenbund-Arbeit“ frisch-fröhlich wiederaufzunehmen. Gleichzeitig werden in den Betrieben die sattsam bekannten „Frauenausschüsse“ wieder ins Leben gerufen. Eine Aktivität, die manchen stützigt macht.

Der Grund: Im Herbst 1956 fanden Neuwahlen im DFD statt, mit denen man die kommunistische Frauenbund-Organisation nach fast dreijährigem Schlaf wieder auf die Beine stellen will. Bis zum 10. Jahrestag des DFD im März 1957 will die Organisation 1,2 Millionen Frauen und Mädchen umfassen. Gegenwärtig zählen nur etwa 150 000 Frauen — meist in Staatsfunktionen tätig — Mitgliedsbeiträge. Rund 400 000 Mitglieder oder zeitweilig registrierte sind stillschweigend wieder ausgetreten. Die DFD-Leitungen zerfielen, ihre Büros wurden geschlossen und die Mitglieder waren froh, so billigen Kaufes davongekommen zu sein.

### HO-Sessel für Kartelbereinigung

Im Rahmen der „Kartelbereinigung“ werden jetzt „alte Mitglieder“ gesucht. So hat der Bezirksausschuß Berlin - Pankow des DFD zum Beispiel Preise für die Wiederwerbung ehemaliger Mitglieder ausgesetzt: Für 100 wiedergeworbene Frauen ein HO-Sessel. Für 50 eine Stehlampe. Für 10 eine Perlon garnitur!

Diese Art der Prämiierung hat vielerorts eine hektische Betriebsamkeit zur Folge. Die restaurierten DFD - Leitungen kommen auf die seltsamsten Einfälle, um Mitglieder zu werben. Weibliche Funktionäre gehen ungebeten in den Schulunterricht, informieren sich über die schulischen Leistungen der Kinder und gehen dann zu den Eltern, um diese zu „beraten“. Die Mütter können sich mit einer Eintrittserklärung dabei sogar Nachhilfeunterricht für ihre Kinder erkaufen. Die Devisen lautert für den DFD: „In

Kontakt kommen!“ Die Mütter der Schulabgänger werden aufgesucht, um sie über Berufschancen aufzuklären, anderen wird noch an der Wohnungstür freudestrahlend verkündet, daß die benachbarte HO-Filiale für alle DFD-Freunde eine Sonder-Verkaufsmesse mit Haushaltsartikeln veranstalten will usw.

### Im Hintergrund: Der Plan

Diese Mätzchen sind unumgänglich für die SED und den Staatsapparat. Der neue Fünfjahrplan hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn rund eine Million Frauen zusätzlich in der Industrie oder Landwirtschaft beschäftigt werden können. Diese

Zahl ist utopisch: In der ganzen Zone wäre es der SED nicht möglich, heute noch eine Million arbeitsfähiger Frauen zu rekrutieren. Es sei denn, die SED trafe Maßnahmen wie die NS-Rüstungsindustrie im letzten Krieg. Hier liegt die Aufgabe des kommunistischen Frauenbundes. Er allein kann die Frauen organisieren und beeinflussen, kann die Arbeitsverwendungsfähigkeit der sowjetzonalen Frauen prüfen. Die DFD-Genossinnen, die heute scheinheilig in die Wohnungen treten, werden morgen attestieren, daß Frau Müller eigentlich wirklich abkömmlich ist für die Stanzarbeit im nächsten VEB. Sie werden dann auch die Kinder unterbringen im nächsten Kindergarten und darauf achten, daß alles den Weg des großen Planes geht. Die „Frauenausschüsse“ in den Betrieben aber werden die „Gleichberechtigung“ realisieren, die den Frauen der Sowjetzone verfassungsgemäß zugesichert worden ist: „Keine unterschiedlichen Normen für Mann und Frau!“ und „Frauen, zeigt es den Männern, daß Ihr bessere Aktivisten seid!“

# Der OB entschuldigt sich

## Für Brandenburger Karnevals-Zwischenfall

Berlin (epd). Der Oberbürgermeister von Brandenburg hat bei dem Superintendenten in Brandenburg einen offiziellen Besuch gemacht, um sich für die Vorkommnisse auf einer Karnevalsveranstaltung der Stadt zu entschuldigen. Wie berichtet, war ein Schauspieler in der Rolle Jesu Christi als Büttendredner aufgetreten.

### Hausverbote für Katecheten

Berlin (DPA). Die Ausübung des Religionsunterrichts wird in Ostberlin durch die dortigen Behörden in zunehmendem Maße erschwert. In den meisten Oberschulen kann kein evangelischer und katholischer Religionsunterricht mehr erteilt werden, weil die Schulleiter keine Räume mehr zur Verfügung stellen. An den Grundschulen ist der Religionsunterricht allgemein nur noch in den Nachmittagsstunden von 15 Uhr an zulässig, so daß

den Schülern die Teilnahme erschwert wird.

Die Zahl der Katecheten, die aus geringfügigen Anlässen von Schulleitern durch ein Hausverbot am Betreten der Schulgebäude behindert werden, ist in den letzten Wochen erheblich gestiegen.

### KP-Tarnorganisation aufgelöst

Hamburg (AP/DFA). In Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen ist die als kommunistische Tarnorganisation bekannte „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ einschließlich ihren Unterorganisationen überraschend aufgelöst worden. Die Büros der Gesellschaft wurden polizeilich geschlossen, ihr Vermögen beschlagnahmt und in den Wohnungen der führenden Mitglieder Hausdurchsuchungen vorgenommen.

## Größerer Schutz für Fußgänger

### Neue Verkehrsregeln beschlossen

Bonn (AP/DPA). Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Straßen hat der Bundesrat die Einführung einer Reihe neuer Verkehrsregeln und neuer Nummernschilder für die Kraftfahrzeuge beschlossen. Die Vorschriften müssen von der Bundesregierung zum 1. Mai in Kraft gesetzt werden.

Unter anderem wurden folgende Vorschriften beschlossen:

1. Die Einführung von besonderen Fußgängerüberwegen, die durch gelbe Blinkleuchten und weiße Streifen gekennzeichnet werden. Auf diesen Überwegen hat jeder Fußgänger vor jedem Fahrzeug den Vorrang, wenn der Fußgänger sich auf dem Überweg befindet, bevor das Fahrzeug diesen Weg erreicht hat.

2. Auf Straßen ohne Gehweg außerhalb geschlossener Ortschaften müssen Fußgänger bei Tag und Nacht auf der äußersten linken Straßenseite gehen.

3. Der Straßenverkehr an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 00.00 bis 22.00 Uhr wird für Lastkraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 7,5 Tonnen und mehr verboten. Dieses Verbot gilt nicht für Fahrten im Interzonenverkehr.

Einzelausnahmen können von den Straßenverkehrsbehörden genehmigt werden.

4. Alle Kraftfahrzeuge müssen Innen- und Außenspiegel haben.

5. Blaues Blinklicht dürfen künftig neben Polizei und Feuerwehr auch Unfallwagen und Krankenwagen führen.

6. Die Aufstellung von Parkuhren wird gesetzlich gestattet.

7. Die von der Bundesregierung vorgesehene Einführung von Überholungssignalgeräten lehnte der Bundesrat ab. Es bleibt bei den jetzigen Hup- und Signalzeichen.

8. Die neuen Autonummern bestehen aus einem bis drei Buchstaben und Zahlen in schwarzer Schrift auf weißem Grund. Die Buchstaben kennzeichnen die Zulassungsstelle und werden aus den Ortsnamen möglichst charakteristisch entnommen. So wird Frankfurt durch „F“, München durch „M“,

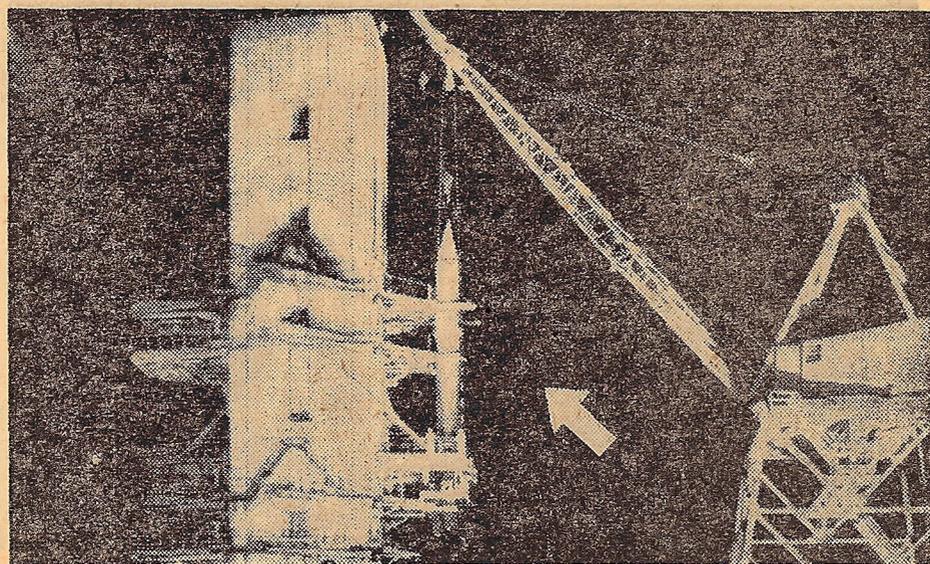
## SSD, erhört!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

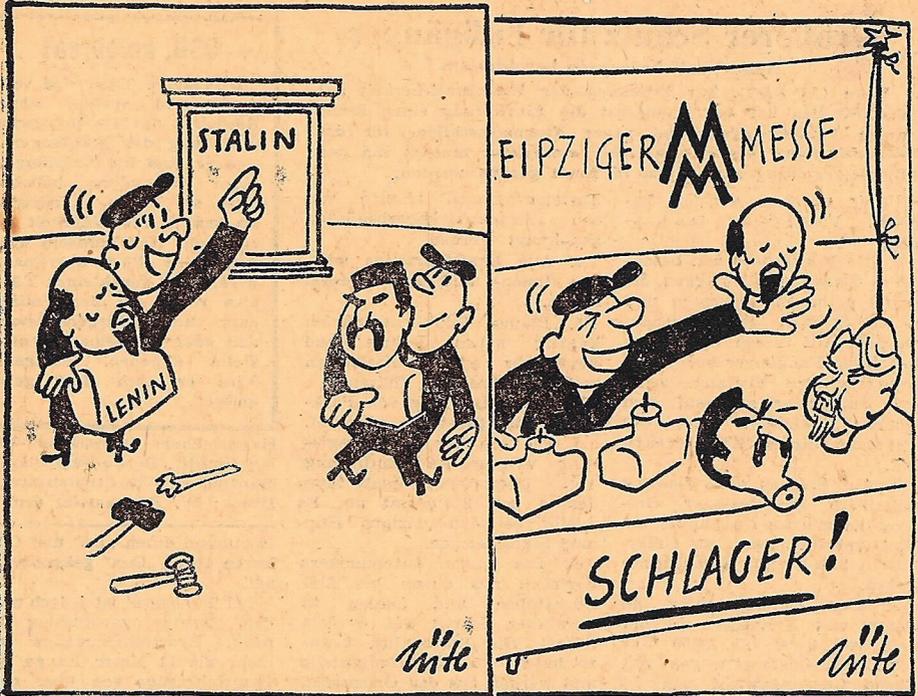
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Dortmund durch „Do“ und Cuxhaven durch „Cux“ gekennzeichnet.

Der Bundesrat ist jedoch nicht dem Regierungsvorschlag gefolgt, Kraftfahrzeugzüge von mehr als 14 Meter Länge und Kraftfahrzeuge von über neun Tonnen mit einem Empfangsgerät für elektro-optische Überholungs-signale auszurüsten.



EINE REICHWEITE VON 2400 km soll diese neueste US-Fernrakete haben (Pfeil). Sie ist an einem Prüfturm montiert. Das Bild, eine Nachtaufnahme, wurde jetzt erst freigegeben



„Prima Genosse, die beiden letzten Buchstaben können wir sehen lassen!“ „Büsten mit auswechselbarem Kopf!“



BILD DER WOCHE. Andrang in Leipzig nach chinesischem Porzellan, das während der Zeit der Frühjahrsmesse zum Verkauf freigegeben wurde.